

nachrichten

Entlassungen im öffentlichen Dienst

Die Regierung Singapurs plant den Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst, um einen Anstieg der Personalkosten in diesem Bereich zu begegnen. Geplant ist eine Reduktion der Stellen um neun Prozent in drei Jahren. Von den Plänen betroffen sind etwas mehr als 8.100 der derzeit rund 90.000 öffentlichen Bediensteten in Singapur. Über die Umsetzung der Vorgaben können die einzelnen Behörden weitgehend selbstständig entscheiden. Allerdings droht ihnen bei einer unzureichenden Umsetzung eine Strafe von 10.000 Singapur-Dollar für jede nicht abgebaute Stelle. Von den Vorgaben des Finanzministeriums sind lediglich Beschäftigte des Militärs und des Schuldienstes ausgenommen.

Gleichzeitig hat die Regierung begonnen, Stellen des öffentlichen Dienstes auszulagern. In den nächsten drei Jahren sollen öffentliche Projekte in einem Umfang von ca. 1,3 Milliarden Singapur-Dollar an private Firmen vergeben werden. Zu den Projekten gehören unter anderem eine neue Wasseraufbereitungsanlage und neue Forschungseinrichtungen an der *National University*. Bereits im September 2004 hatte das *Ministry of Manpower* Teile einer Abteilung in das Unternehmen Hewlett Packard ausgelagert. Betraf diese Maßnahme noch etwa 23 Mitarbeiter des Ministeriums, so lag die Zahl der von der staatlichen Fluggesellschaft *Singapore Airlines* im Rahmen von Outsourcing-Maßnahmen entlassenen Mitarbeiter bei ca. 200.

vgl. AFP, Singapore, 1., 15., 24.9., 7.10.2004

Anreize für mehr Nachwuchs

Die Regierung Singapurs hat weitere Maßnahmen zur Steigerung der seit Jahren rückläufigen Geburtenrate im Stadtstaat beschlossen. Sie kündigte zusätzliche Fördermittel von 300 Millionen Singapur-Dollar an, mit denen das bereits bestehende Förderprogramm im Umfang von 500 Millionen Singapur-Dollar ergänzt und ausgebaut werden soll. Zu den geplanten Maßnahmen gehört auch eine Lockerung der Zuwanderungsbestimmungen, die vor allem Hochqualifizierte zum dauerhaften Verbleib in Singapur bewegen soll.

Nachdem sich die bereits beschlossenen Steuervergünstigungen und zusätzlichen Fördermittel bisher noch kaum in einem Anstieg der Zahl der Geburten niedergeschlagen haben, konzentriert sich der jüngste Maßnahmenkatalog unter anderem auf eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs von zwei auf drei Monate, die Einführung der fünf-Tage-Woche im öffentlichen Dienst sowie spezielle Fördermittel auch für das vierte Kind. Darüber hinaus ermöglicht das Programm Familien mit kleinen Kindern die Beschäftigung einer ausländischen Hausangestellten zu einem deutlich niedrigeren Steuersatz. Parallel dazu stellt die Regierung Fördermittel für Unternehmen bereit, die spe-

zielle Betreuungsangebote für junge Mütter anbieten. Das neue Maßnahmenpaket ist bereits auf großes Interesse in der Bevölkerung gestoßen – sehr zur Freude der Regierung.

Ergänzt werden die Förderprogramme durch Pläne der Regierung, die bestehenden Regelungen für die Zuwanderung nach Singapur zu lockern. Dies gilt vor allem für hochqualifizierte Migranten, die so dazu bewegt werden sollen, sich dauerhaft in Singapur niederzulassen und Familien zu gründen. Der Stadtstaat reagiert mit diesen Plänen auch auf jüngste Statistiken, die zeigen, dass die Zahl der Einbürgerung in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen sind – nach mehr als 10.000 Einbürgerungen pro Jahr in den frühen neunziger Jahren betrugen gerade noch 6.500. Welche Bedeutung die Regierung ihrer Politik beimisst, kann daran ersehen werden, dass die Koordination der einzelnen Maßnahmen und Pakete derzeit in den Händen des neuen Innenministers, Wong Kan Seng gebündelt wird, der zugleich einer der beiden neuen stellvertretenden Premierminister und zugleich zum inneren Kader der PAP gehört.

vgl. AFP, Singapore, 22., 25., 30.8.2004; 4. u. 8.9.2004

Illegaler Holzhandel?

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hat Singapur beschuldigt, ein wichtiger Umschlagplatz für den illegalen Handel mit geschützten Tropenhölzern zu sein. Auf einer Pressekonferenz Anfang Oktober 2004 verwies die internationale agierende Organisation darauf, dass über Singapur noch immer ein Großteil des illegal in Indonesien und Malaysia geschlagenen Tropenholzes gehandelt wird.

Als Beispiel für diesen Handel wurde auf den anhaltenden Einschlag des geschützten

Tropenholzes Ramin in der indonesischen Provinz Riau verwiesen. Das Holz gelangt nach Erkenntnissen von Greenpeace vor allem über den Stadtstaat auf den internationalen Markt. Die Regierung Singapurs hat unter Verweis auf die Ratifizierung der Convention on International Trade in Endangered Species of Fauna and Flora (CITES) die Beschuldigungen als unwahr bezeichnet.

vgl. AFP, 6.10.2004

Free Speech-Bestimmungen

Die Polizei hat neue Richtlinien bezüglich der Möglichkeit, öffentliche Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen abzuhalten, veröffentlicht und damit auf Ankündigungen des neuen Premierministers, Lee Hsien Loong, reagiert. Eine politische Liberalisierung ist aber auch in Zukunft kaum zu erwarten.

Für politische Veranstaltungen in geschlossenen Räumen sind zukünftig keine speziellen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Beschränkungen bestehen jedoch weiterhin für öffentliche Versammlungen. Untersagt sind besonders solche öffentlichen Veranstaltungen, bei denen religiöse Fragen diskutiert werden oder die geeignet erscheinen, das ethnische und religiöse Zusammenleben im Stadtstaat zu stören. Menschenrechtsgruppen, wie etwa das *Think Centre*, sehen in der Ankündigung der Polizeibehörden jedoch nur eine marginale Verbesserung der bisherigen Situation. Grundlegende Freiheitsrechte bleiben auch weiterhin beschnitten.

In einer von den ehemaligen Premierministern Lee Kuan Yew und Goh Chok Tong angestregten Verleumdungsklage gegen den Oppositionspolitiker Chee Soon Juan von der *Singapore Democratic Party* (SDP) zeichnen sich nach jüngsten Meldungen Schadensersatzforderungen in Höhe von etwa 500.000 Singapur-Dollar ab. Die Klage, die sich auf Aussagen des SDP-Vorsitzenden während des Wahlkampfes anlässlich der Parlamentswahlen im November 2001 bezieht, kann als weiterer Versuch gewertet werden, einen namhaften Oppositionspolitiker politisch auszuschalten.

vgl. AFP, Singapore, 22., 27.8. 6.9.2004